



Mehr Arbeit weniger Pausen: Während der Coronakrise muss das Pflegepersonal in 12-Stunden-Schichten arbeiten.

Bild Keystone

Pflegepersonal will bessere Arbeitsbedingungen

Für das massiv geforderte Gesundheitspersonal kommt die öffentliche Unterstützung zwar zur richtigen Zeit. Nur genügt sie nicht: Applaus alleine macht den Job nicht einfacher.

von Pierina Hassler

Sie standen auf ihren Terrassen, Balkonen, Hinterhöfen und öffentlichen Plätzen. Tausende Schweizerinnen und Schweizer applaudierten für das Gesundheitspersonal und bedankten sich so für den ausserordentlichen Effort im Kampf gegen das Coronavirus. In den Sozialen Medien übertrumpften sich die Leute mit Lobeshymnen: «Bravo, ohne euch ginge es nicht», schrieben sie. «Vielen Dank liebe Pflegenden und Ärzte», notierten wieder andere. Passiert ist diese ausserordentliche Solidaritätsbekundung am 20. März, mittags um 12 Uhr.

Das Gesundheitspersonal wusste die Aktion zwar zu schätzen, aber schon damals reagierten einige kritisch auf den Applaus. «Die Solidarität tut uns gut aber mit Klatschen können wir nicht leben», schrieb eine Pflegefachfrau auf Twitter. Eine Chefärztin kommentierte dies mit dem Satz: «Die Pflegenden machen nicht nur aktuell einen guten Job, sondern immer. Schade, hat das bis jetzt niemand gemerkt.»

Systemrelevante Gruppe

Tatsächlich kämpfen Pflegenden seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen. Daraus entstanden ist die Volksinitiative «Für eine starke Pflege», kurz Pflegeinitiative (siehe Kasten). Aktuell reagiert der Berufsverband der Pflegefachkräfte (SBK) mit einem offenen Brief an das Parlament. Er fordert höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine Stärkung der Ausbildung.

Sätze wie «Leere Worte haben wir genug gehört» und «Wir sind mit der Geduld am Ende» lassen aufhorchen. Keine Spur von Zurückhaltung. Hier reden Pflegenden Klartext. Renate Rutishauser ist Präsidentin des SBK Graubünden und SP-Grossrätin. «Der offene Brief bringt die Verzweiflung der

Pflege zum Ausdruck», sagt sie. Viele Jahre hätten die Pflegenden den Kanton auf Missstände wie beispielsweise der Versorgungssicherheit aufmerksam gemacht.

Taten statt Worte

Rutishauser betont, dass die Pflege nicht jammere wie manchmal behauptet werde. Im Gegenteil, sie würde sich sorgen. «Ohne zu jammern, haben es Pflegenden im ganzen Land hingekommen, dass die Ruhezeiten während der Pandemie ausser Kraft gesetzt wurden. Sich mit 12-Stunden-Schichten und dem beschränkten Schutzmaterial arrangiert.» Die Pflegenden seien flexibel und würden sich al-



«Nebst dem Applaus braucht es nun konkrete Taten.»

Sandra Locher Benguerel
SP-Nationalrätin

len Widrigkeiten zum Trotz für die ihnen anvertrauten Menschen einsetzen.

«Die Politik hat nicht zugehört», sagt Rutishauser. Aber während der Corona-Pandemie seien alle Augen auf die plötzlich systemrelevante Berufsgruppe gerichtet. Diese Situation müsse der Pflegefachverband nützen. «Mit dem offenen Brief können wir das Parlament, welches sich gerade in dieser Zeit mit der Pflegeinitiative beschäftigt, nochmals nachdrücklich auf die Situation hinzuweisen.»

Fakten liegen auf dem Tisch

Apropos Parlament: Die Bündner SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel unterstützt den Appell des SBK. Sie verstehe, dass die Pflegenden mit ihrer Geduld am Ende seien. «Die Coronakrise hat schonungslos und in aller Deutlichkeit gezeigt, welche Probleme wir im derzeitigen Gesundheitssystem bezogen auf die Pflegefachleute haben.» Der Bund habe sogar Arbeits- und Ruhezeitvorschriften des Arbeitsgesetzes ausser Kraft setzen müssen, damit die Versorgung mangels Gesundheitsfachpersonal sichergestellt werden könne. «Weil wir zu wenige Fachleute im Pflegebereich haben, be-

steht eine gefährliche Abhängigkeit vom ausländischen Gesundheitspersonal. Dies erfuhr der Kanton Graubünden einschneidend, beispielsweise im Puschlav.» Die Fakten bezüglich des Pflegenotstands würden seit Jahren auf dem Tisch liegen und jetzt seien sie unwiderlegbar bewiesen. «Was es nun braucht, sind wirklich Taten, und zwar rasch!»

Sowohl Rutishauser wie auch Locher Benguerel sagen: «Es braucht eine massive Ausbildungsoffensive und bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegefachleute, und zwar jetzt.» Und beide sind auch überzeugt, dass die Coronakrise eindeutig gezeigt hat, dass die Forderungen der Pflegeinitiative jetzt umgesetzt werden müssen. «Nebst dem Applaus braucht es nun konkrete Taten», wiederholt Locher Benguerel.

Höhere Entlohnung

«Taten statt Worte» gilt natürlich auch für den Kanton Graubünden. Rutishauser listet einige der wesentlichen Elemente der Pflegeinitiative für die «Südostschweiz» auf: «Es braucht auch bei uns unbedingt eine Ausbildungsoffensive. Der Kanton muss mehr ausbilden.» Die Grenzschliessung wegen Corona hätten gezeigt, dass die Südtäler ohne italienische Fachkräfte schnell an Grenzen stossen würde. Rutishauser unterstützt den Ausbau der Fachhochschule in Graubünden. «Kann man einen Bachelor in Pflege im eigenen Kanton erwerben, hilft das gegen die Abwanderung von Fachkräften.»

Problematisch sei auch die Berufsverweildauer bei den Pflegenden, erklärt Rutishauser. «Familienergänzende Kinderbetreuung und eine höhere Entlohnung sind deshalb dringend angezeigt, um substanzielle Verbesserungen für unsere Bevölkerung zu erzielen.» Nur so könne der Kanton angelegte Projekte wie den Gesundheitstourismus realisieren.

Was will die Initiative «Für eine starke Pflege».

Pflegenden haben jahrelang um bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Doch auf Bundesebene passierte nichts.

Als Antwort darauf kam im November 2017 die sogenannte Pflegeinitiative zustande. Im Dezember 2019 lehnte sie der Nationalrat zugunsten des indirekten Gegenvor-

schlags ab. Sollte aber dieser aus Sicht des Initiativkomitees ungenügend sein, kommt es zur Volksabstimmung. Die Pflegeinitiative garantiert, dass genügend Pflegefachpersonen ausgebildet werden. Zurzeit sind es jährlich nur 43 Prozent des eigentlichen Bedarfs. Sie sichert die

Pflegequalität: Eine ungenügende Anzahl an Pflegefachpersonen führt zu einer höheren Burn-out-Rate. Und die Pflegeinitiative hält das Personal länger im Beruf: Pro Jahr geben etwa 2400 Pflegefachpersonen ihren Beruf auf. Fast ein Drittel davon noch unter 35 Jahren. (hap)